Selbstverwaltung : Selbstverwaltung - eine aktuelle Diskussion

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **1 (1981)**

Heft 2

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651952

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Selbstverwaltung

Arbeitsgruppe Sellbstverwaltung des WIDERSPRUCH

SELBSTVERWALTUNG – EINE AKTUELLE DISKUSSION

Das Thema Selbstverwaltung zu einem Schwerpunkt des zweiten Heftes des WIDERSPRUCH zu machen, heisst, die politische Bedeutung der aktuellen Diskussion ernstzunehmen und in diese einzugreifen.
Ursachen dieser Diskussion lassen sich leicht zusammentragen: zum einen sind da die praktischen Erfahrungen, die die 68er Bewegung in den letzten Jahren mit ihren unzähligen Praxiskollektiven in Beizen, Arzt- und Anwaltspraxen, Druckereien und anderswo, aber auch in Wohngemeinschaften, gemacht hat, verarbeitet worden und zu verarbeiten. (1) Dazu kommen neue, stimulierende Einflüsse durch die autonomen Bewegungen der Frauen, der Atomkraftwerkgegner, der Bürgerinitiativen, die ein neues Verständnis von Demokratie und Politik entwickelten. Diesen beiden hoffnungsvollen, utopischen (im Sinne von in die Zukunft gerichteten) Elementen, die die politische Debatte auch mit Enthusiasmus beleben, stehen auch negative Erfahrungen gegenüber, die ihrerseits wiederum die Suche nach neuen Wegen der Gesellschaftsveränderung befruchten. In diesem Rahmen entwickelt sich im Begriff Selbstverwaltung verallgemeinernd gesprochen die Sammlung einer generell antistaatlichen Opposition.
Die Desillusionierung weiter Kreise der Linken gegenüber den Ländern des real existierenden Sozialismus (der Mangel an Demokratie, die Art der Auseinandersetzung mit politisch nicht-konformen Kräften, die Schwierigkeiten im wirtschaftlichen Bereich), regte dazu an, nach neuen Wegen zum Sozialismus zu suchen. Diese Suche schlug sich unter anderem in einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der jugoslawischen Selbstverwaltungsgesellschaft nieder. Zahllos sind mittlerweile die Delegationen der schweizerischen Linken, die in letzter Zeit nach Jugoslawien reisten, um die dort gemachten Erfahrungen kennenzulernen und kritisch prüfend umzusetzen. Nicht zu unterschätzen ist auch für die welsche Schweiz der Einfluss der französischen Diskussion um die „autogestion".

Freilich ist auch die Krise des sozialdemokratischen Entwicklungsmodells Anstoss zur Suche nach einem neuen Selbstverständnis: die Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen – in früheren Zeiten der Hochkonjunktur vor allem über Lohnerhöhungen möglich – ist in der ökonomischen Krise 1974/

75 an ihre Grenzen gestossen. Die zunehmende Abkehr einer Bevölkerungsmehrheit von den parlamentarischen Institutionen – in denen sie immer weniger den Austragungsort politischer Kämpfe zu sehen vermag – führte in der SPS nicht nur zu einer breiten Infragestellung der Mitarbeit in den Exekutivgremien, sondern auch zu einer vorsichtigen Hinwendung zu den autonomen Bewegungen.
Niedergeschlagen haben sich alle diese Erfahrungen – wenn auch mit ungleicher Gewichtung – vor allem in programmatischen Dokumenten der POCH (2) und im Programmentwurf der SPS (3). Es ist wohl auch kaum ein Zufall, dass gerade der SPS-Parteitag von Montreux 1976 (nach der ersten grossen Nachkriegskrise und der Besetzung des Baugeländes in Kaiseraugst) den Antrag guthiess, ein neues Parteiprogramm zu formulieren.
Neue Zielsetzungen sind nötig geworden, um die Parteien wieder zu Foren des politischen Meinungsbildungsprozesses zu machen. Bürgernähe, Demokratisierung der Gesellschaft, Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung werden im Programmentwurf der SPS unter dem Begriff Selbstverwaltung gefasst.

Der Programmentwurf der SPS

Eine von der Redaktion des WIDERSPRUCH gebildete Arbeitsgruppe bemühte sich von Anfang an, in der Diskussion um Selbstverwaltung sowohl die Kontroverse als auch die Gemeinsamkeiten herauszustellen. Anhand des Programmentwurfs der SPS entwickelte sie deshalb einen Fragenkatalog, in dem die Probleme aufgeworfen, dargestellt und Diskussionslinien vorgeschlagen werden.
Die Konzentration der Arbeitsgruppe auf den Programmentwurf der SPS liess sich dabei rechtfertigen, weil in ihm **alle Probleme der Selbstverwaltungsdiskussion vorhanden** sind und weil die Entwicklung und der Ausgang **innerhalb** der SPS als einflussreichster Partei der Linken für alle Linkskräfte – insbesondere aber für die Gewerkschaften – von ganz zentraler Bedeutung ist. Dabei spielt der Ausgang des **SPS-Parteitages** von Interlaken gar keine entscheidende Rolle, weil sich innerhalb und ausserhalb der SPS die Kräfte, die auf der vom Programmentwurf vorgezeichneten Linie weiterarbeiten werden, bereits konstituiert haben.
Um das Verständnis der nachstehenden Beiträge zu erleichtern, folgt hier nun eine kurze Zusammenfassung der im Fragenkatalog aufgeworfenen Problemkreise.

In der Diskussion muss geklärt werden, welches überhaupt die **historischen** Antriebe, die Beweggründe und die **sozialen Träger** der Selbstverwaltungsdebatte und im speziellen des SPS-Programmentwurfs sind.
Dabei muss Klarheit darüber hergestellt werden, inwieweit verschiedene soziale Voraussetzungen zu verschiedenen Konzeptionen führen können. Denn

es scheint einleuchtend, dass sich Differenzen ergeben, je nachdem ob Selbstverwaltung aus aktuellen Entwicklungstendenzen der Schweizer Gesellschaft hergeleitet oder dieser als Utopie von aussen entgegengesetzt wird.
Ein ganz zentraler Punkt, der uns in den bisherigen Selbstverwaltungsprogrammen zu wenig ausgeleuchtet schien, ist die Frage der **Strategie** zu einer umfassenden Selbstverwaltungsgesellschaft, oder in den Worten der SPS: Wie ist der „Bruch mit dem Kapitalismus" machtmässig abzusichern? Welche Rolle spielt dabei der Staat, welche Massnahmen sind auf betrieblicher Ebene zu ergreifen?
Es stellen sich aber auch Fragen über die **Organisation der ökonomischen Sphäre**. Die gleichzeitige Existenz von Markt, Selbstverwaltung und demokratischem Rahmenplan dürfte sich als weit problematischer erweisen, als sie im Programmentwurf und das diesen ergänzenden Wirtschaftspapier (4) dargestellt sind. Starkes Gewicht legen alle Selbstverwaltungsauffassungen auf die **Dezentralisierung** der Entscheidungskompetenzen auf allen Ebenen. Freilich wird mit dieser pauschalen Gutheissung eines Konzepts die Gefahr des Zerfalls der Gesellschaft in eine Unzahl sich bekämpfender, heterogener Kleingruppen und die mögliche Segmentierung der Gesellschaft aus dem Blick verloren. Kann nicht gerade Dezentralisierung zu einer ungleichmässigen Entwicklung etwa im Sozial- und Bildungsbereich führen?
Hier knüpfen sich eng die Vorstellungen, die Selbstverwaltungskonzeptionen vom Individuum haben, an. Selbstverwaltungstheorie interpretiert in diesem Sinne häufig den **Individuumsbegriff** von Marx durch die starke Betonung des Begriffs der Entfremdung. Dabei ist in der weiteren Diskussion um Selbstverwaltung nicht zuletzt auch die inhaltliche Füllung des gesellschaftlichen Wesens des Menschen zu erörtern. Aus dieser bestimmten Konzeption des Individuums kommt der **Erziehung** und den Vermittlungsformen in der Selbstverwaltungsdiskussion eine wichtige Rolle zu. An welchen Orten die Erziehung und mit welchen Inhalten vonstatten zu gehen hat und ob sie als alleiniges Mittel für Veränderungsprozesse genügt, ist dabei allerdings noch weitgehend ungeklärt.
Letztlich stellten wir uns auch die Frage, ob auf dem Weg zur Selbstverwaltungsgesellschaft **Übergangsschritte** – etwa im Sinne der betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung – nötig wären und wie diese formuliert werden müssten, um dem politischen Projekt Selbstverwaltung eine Chance zur Durchsetzung zu geben.
Mit diesen hier kurz zusammengefassten Problemstellungen lud die Arbeitsgruppe Autoren verschiedener Positionen ein, einen Beitrag für den WIDERSPRUCH zu verfassen.

Der Beitrag von Arnold **Künzli** zeigt prägnant den Ansatz der SP-Linken, der gerade nach dem SP-Parteitag von Interlaken aktuell bleibt. Künzli be-

greift Selbstverwaltung als politisch-philosophisches Konzept, dessen Fluchtpunkt die Entwicklung des Individuums bildet. Dabei setzt er sich dezidiert von einem von ihm als heilsgeschichtlich verstandenen Marxismus ab, um dagegen die Berücksichtigung der realen „condition humaine" zu setzen. Diese Position bleibt aber aus zwei Gründen problematisch: Zum einen stellt sich die Frage, ob Künzli damit nicht selbst einer unhistorischen Vorstellung vom Menschen verfällt. Sein Ansatz bekommt nur ungenügend in den Blick, dass und wie sich Bedürfnisse und Möglichkeiten des Menschen erst in der gesellschaftlichen Entwicklung herausbilden. Zum andern kommt in seinem Ansatz der Erziehung eine zentrale Rolle zu. Künzli greift damit unseres Erachtens aber zu kurz, weil Erziehung allein die ihr zugewiesene Aufgabe nicht leisten kann. Erziehung wird vielmehr zum utopischen Mittel, synthetisch den für Selbstverwaltung reifen Menschen zu produzieren. Unklar beibt allerdings, wo das von Künzli postulierte Durchschauen der eigenen Abhängigkeiten des Bewusstseins konkret anzusetzen habe, wie die ideologische Einbindung des Menschen auch in ihrer materiellen Gewalt durchbrochen werden kann.

Bemerkenswert ist an Künzlis Ansatz ferner, dass er Probleme der Technik aus seinem Selbstverwaltungskonzept ausklammert und dieses strikt auf eine politische Ebene beschränkt. Auch Thomas **Heilmann** diskutiert Selbstverwaltung in seinem Beitrag überwiegend als politisches Konzept. Sein Artikel lässt sich unserer Meinung nach allerdings ungleich stärker auf die Schweizer Realität ein als derjenige Künzlis, indem er Elemente der von der POCH als Übergangsstrategie angebotenen ‚demokratischen Erneuerung' weiter konkretisiert. Zugleich versucht Heilmann, ein bestimmtes Verständnis der Selbstverwaltung nutzbar zu machen für Überlegungen zur Frage der Parteiform und zum Verhältnis von Parteien und Bewegungen. Heilmann nimmt damit die im ersten Heft des WIDERSPRUCH thematisierte ‚Krise der Parteien' auf und wendet sie positiv, indem er Bedingungen für eine heutzutage erfolgreich zu wirken suchende Partei formuliert. Allerdings scheint uns in seinem Selbstverwaltungsverständnis ein Bruch angelegt. Einerseits wird Selbstverwaltung ziemlich unvermittelt als Zurücknahme von Entfremdung, als prozesshafte Entwicklung der Selbsttätigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen, eingeführt. In der Folge fallen aber anderseits die Bereiche der Ökonomie und der Kulturgesellschaft weitgehend aus der Betrachtung. Solche Beschränkung auf Aspekte der politischen Ebene ist durchaus legitim, doch besteht damit die Gefahr, aus Ökonomie und Kulturgesellschaft auf die politische Ebene einwirkende Impulse zu übersehen, beispielsweise Parteien auf blosse politische Institutionen zu reduzieren, statt sie als Element des gegliederten Ganzen der Gesellschaft zu begreifen.

Die von Künzli und Heilmann ausgeklammerte ökonomische Ebene wird dagegen im Beitrag von Ruedi **Winkler** thematisiert. Winkler liefert einige

Leitlinien, nach denen sich eine selbstverwaltete Wirtschaft zu organisieren hätte. So notwendig und positiv solche Konkretisierungen längerfristiger Ziele sind, so fallen in seinem Artikel Vermittlungsschritte hin zu diesem Ziel doch weitgehend aus. Die vorgeschlagene Absicherung von bestehenden und Förderung von neu aufzubauenden selbstverwalteten Betrieben scheint uns entgegenstehende Kräfte und deren Bekämpfung auf ökonomischer, politischer und ideologischer Ebene nur ungenügend zu berücksichtigen. Auch die blosse Versicherung, dass Technik in der selbstverwalteten Wirtschaft grundsätzlich einen andern Charakter bekommen werde als sie heute habe, vermag angesichts der Notwendigkeit, gegen aktuelle Entwicklungen im Arbeitsbereich gewerkschaftliche Kampfstrategien zu entwickeln, nicht zu genügen.
Gerade auf das Fehlen von kurz- und mittelfristigen Übergangsstrategien weist Hans **Schäppi** in seinem Beitrag hin. Schäppi zeigt, dass der Erarbeitung eines Programmentwurfs eine differenzierte Analyse aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen und bisheriger linker Politik vorangehen müsste und macht auf die zentralen Lücken des Programmentwurfs aufmerksam: Fehlen eines mittelfristigen alternativen Wirtschaftskonzepts, eine mangelhafte Einschätzung der Staatsfunktionen, ungenügende Überlegungen, wie die bisherigen Organisationsformen des gesellschaftlichen Prozesses durch eine neue Logik der sozialistischen bzw. selbstverwalteten Gesellschaft abzulösen wären. Schäppis Artikel bedeutet die fundierte Kritik des Programmentwurfs von einer gewerkschaftlichen Position her, bleibt aber in seinen Problematisierungen seinerseits beschränkt, wenn er bestimmte Anstösse von sozialen Bewegungen nicht für neue Fragestellungen, die sich zunehmend auch den Gewerkschaften stellen, fruchtbar macht, etwa Probleme der Ökologie, der Arbeitsinhalte usw.
Für die weiterführende Diskussion scheint uns ein möglichst differenziertes Verständnis derjenigen Prozesse, mittels derer die kapitalistische Gesellschaft ungewälzt werden kann, notwendig. Sowohl Künzlis Erziehungskonzept wie Heilmanns demokratische Erneuerung sollten hier gegenseitig fruchtbar gemacht und zugleich ergänzt werden.

Unseres Erachtens geht es darum, die jeweils spezifischen Erfordernisse der unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen miteinander zu verknüpfen. Dies bedingt beispielsweise auf ökonomischer Ebene die weitere Diskussion der von Schäppi und Künzli unterschiedlich eingeschätzten Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, sowie, grundsätzlicher, die Möglichkeiten und Beschränkungen von Staatseingriffen in die Ökonomie. Des weiteren ist eine Einschätzung der gegenwärtigen Produktivkraftentwicklung dringlich, insbesondere die Analyse der dadurch neu entstehenden Praxis- und Bewusstseinsformen, um entsprechende gewerkschaftliche Gegenstrategien zu entwickeln. Die weitere Ausdifferenzierung der Analyse der politischen Kampffelder muss zugleich ergänzt werden durch diejenige kultureller und ideolo-

gischer Erscheinungen, die besonders in der Schweiz als weitgehend „konsensuelle Gesellschaft" eine zentrale Bedeutung besitzen.

ANMERKUNGEN

(1) Diese Einflüsse sind dokumentiert im Buch: Inseln der Zukunft? – Selbstverwaltung in der Schweiz, hg. v. Toni Holenweger und Werner Mäder, Zürich 1979

(2) Diese Entwicklung ist nachlesbar in: positionen, v.a. den Nummern 29/30, 31 und 33/34.

(3) Dossier SPS/PSS: Programmrevision – Ein Programm-Vorentwurf und Materialien für die Diskussion in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1980/81

(4) Kommission für ein neues Wirtschaftskonzept der SPS: Wirtschaftskonzept und Selbstverwaltung, 1980

*

„Der Staat kann diese Rolle der Vereinheitlichung und Organisierung der Bourgeoisie und des Blocks an der Macht nur dann erfüllen, wenn er gegenüber dieser oder jener Fraktion oder Komponente des Blocks und gegenüber ihren Partikularinteressen eine *relative Autonomie* behält. Dies ist eine für den kapitalistischen Staat konstitutive Autonomie: Sie verweist auf die Materialität dieses Staates in seiner relativen Trennung von den Produktionsverhältnissen und auf die durch diese Trennung implizierte Spezifizität der Klassen und des Klassenkampfes."

N. Poulantzas, Staatstheorie, S. 118